

## 29. Februar

Eskalation im „sicheren Hafen Unna“: „Das Unmenschlichste, was ich in diesem Ratssaal jemals gehört habe“



Die Debatte um die Aufnahme Minderjähriger aus den griechischen Flüchtlingscamps eskalierte in der Hauptausschusssitzung Ende Februar in emotionsgeladenen Attacken. Die Unterstützer warfen den Gegnern Inhumanität vor.

Der Antrag wurde mit Rot-Grüner Mehrheit gegen CDU, FLU und FDP angenommen: Unna erklärt sich zur Aufnahme über den „Königsteiner Schlüssel“ hinaus bereit. Die Stadt nimmt bereits über Soll Geflüchtete auf.

Die teils lautstarke Debatte entlud sich an einer scharfen Frontlinie zwischen konservativ-liberalem und linksgrünem Lager: Hier die Gegner (CDU, FLU, FDP), die rechtliche und finanzielle Argumente gegen eine weitere Aufnahme junger unbegleiteter Minderjähriger (UMF) vorbrachten; dort die Befürworter (SPD, Grüne), die mit humanitären Gründen konterten. Auf die dreiseitige Stellungnahme des CDU-Fraktionschefs Fröhlich reagierte Bernd Dreisbusch (SPD) mit einer Frontalattacke: „So etwas zutiefst Unmenschliches habe ich in diesem Ratssaal noch nicht erlebt.“ Er stelle sich vor, Fröhlich lese diese Stellungnahme (in der er sachlich auf die Finanzprobleme der Stadt und die rechtlichen Fragen hinweist) in einem griechischen Flüchtlingscamp vor. Er empfinde es als perfide, angesichts eines solchen humanitären Elends „moralisch auf Zuständigkeiten zu pochen. Das sage ich als Christ!“

FDP-Fraktionschef Günter Schmidt betonte, es gebe, leider!, sehr viel Elend auf der Welt. Bei allem Mitgefühl müsse man als Bürgervertreter in Unna aber auch auf die Kosten sehen. Auf sein Argument, dass für jeden unbegleiteten Minderjährigen monatlich 5000 Euro aufzubringen seien, reagierten SPD-Vertreter mit lautstarker Abwehr. Die Quelle für diese Zahlen, für die Schmidt einen Artikel im Rundblick Unna nannte, sei dasselbe, als hätte sich Schmidt die Zahlen aus den Fingern gesogen. FLU-Fraktionschef Klaus Göldner verlas seine Position schriftlich vorbereitet, „damit ich hinterher nicht falsch interpretiert werde“. Die Vorsitzende des Integrationsrates, Ksenija Sakelsek, betonte letztlich, die rechtliche Frage könne nur die Bundesregierung klären. Unna könne aber helfen, auf den Bund Druck auszuüben. Um wie viele Minderjährige es letztlich gehe, hänge unter anderem von der Größe der Stadt ab.